

Abitur **MEHR  
ERFAHREN**

Sozialkunde

Gymnasium

Bayern

*Das musst du können!*

**STARK**

Abitur **MEHR  
ERFAHREN**

Sozialkunde  
Gymnasium  
Bayern

*Das musst du können!*



**STARK**

# Inhalt

## Struktur und Wandel der Gesellschaft in der Bundesrepublik

<b>1</b>	<b>Struktur der Gesellschaft</b> .....	<b>1</b>
1.1	Demografische Entwicklung und ihre Auswirkungen .....	1
1.2	Soziale Ungleichheit und soziale Mobilität .....	8
1.3	Modelle sozialer Ungleichheit .....	11
1.4	Bewertung und Entwicklung sozialer Ungleichheit .....	16
<b>2</b>	<b>Wandel der Gesellschaft</b> .....	<b>19</b>
2.1	Familie .....	19
2.2	Berufs- und Arbeitswelt .....	23
2.3	Werte .....	28
<b>3</b>	<b>Sozialstaat und soziale Sicherung</b> .....	<b>31</b>
3.1	Grundlagen und Bedeutung des Sozialstaats .....	31
3.2	Kernprinzipien des Sozialstaats .....	32
3.3	Herausforderungen des Sozialstaats .....	33

## Grundzüge politischer Systeme der Gegenwart

<b>1</b>	<b>Demokratische Systeme</b> .....	<b>39</b>
1.1	Bedeutung der Menschenrechte .....	39
1.2	Grundlegende Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates .....	42
1.3	Wesentliche Ausprägungen von Demokratie .....	43
<b>2</b>	<b>Diktatorische Systeme</b> .....	<b>50</b>
2.1	Merkmale diktatorischer Systeme .....	50
2.2	Autoritäre und totalitäre Diktaturen .....	51
<b>3</b>	<b>Mischformen zwischen Demokratie und Diktatur</b> .....	<b>53</b>
3.1	Merkmale „defekter Demokratien“ .....	53
3.2	Russland als Beispiel für eine „defekte Demokratie“ .....	54
<b>4</b>	<b>Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Demokratie</b> .....	<b>56</b>
4.1	Umgang mit Herausforderungen der Demokratie .....	56
4.2	Reformvorschläge zur Weiterentwicklung des demokratischen Systems .....	59
4.3	Chancen und Hemmnisse von Demokratisierungsprozessen in der Welt .....	63

## **Aspekte der Europäischen Einigung**

<b>1</b>	<b>Geschichtlicher Überblick über die Entwicklung der Europäischen Einigung</b> .....	<b>66</b>
<b>2</b>	<b>Institutioneller Aufbau der EU</b> .....	<b>69</b>
2.1	Europäischer Rat .....	69
2.2	Rat der Europäischen Union (Ministerrat) .....	69
2.3	Das Europäische Parlament .....	70
2.4	Die Europäische Kommission .....	72
2.5	Der Europäische Gerichtshof .....	73
2.6	Die Europäische Zentralbank .....	74
2.7	Der Rechnungshof .....	75
<b>3</b>	<b>EU auf dem Weg zum europäischen Rechtsraum</b> .....	<b>76</b>
3.1	Das Prinzip der Subsidiarität .....	76
3.2	Zuständigkeiten in der EU .....	76
3.3	Gemeinschaftsrecht der Europäischen Union .....	77
3.4	Das Zusammenwirken der EU-Organe in der Rechtsetzung ..	77
3.5	Entwicklung eines europäischen Rechtsraums .....	79
<b>4</b>	<b>Herausforderungen und Perspektiven der EU</b> .....	<b>80</b>
4.1	Herausforderungen .....	80
4.2	Perspektiven .....	82

## **Frieden und Sicherheit als Aufgabe der internationalen Politik**

<b>1</b>	<b>Definition von Frieden</b> .....	<b>84</b>
<b>2</b>	<b>Gefährdung von Frieden und Sicherheit im 21. Jahrhundert</b> .....	<b>85</b>
<b>3</b>	<b>Grundlagen der Politik im internationalen Rahmen</b> .....	<b>86</b>
3.1	Zentrale Begriffe .....	86
3.2	Handlungsfelder internationaler Politik .....	87
3.3	Erweiterter bzw. umfassender Sicherheitsbegriff .....	89
<b>4</b>	<b>Internationale Organisationen der kollektiven Friedenssicherung</b> .....	<b>91</b>
4.1	UNO .....	91
4.2	NATO .....	96
4.3	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) .....	102

4.4	Möglichkeiten und Grenzen von Entwicklungspolitik als Beitrag zur Friedenssicherung .....	104
<b>5</b>	<b>Chancen und Probleme der Sicherheitspolitik der EU ...</b>	<b>106</b>
5.1	Institutionelle Grundlagen der gemeinsamen europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik .....	106
5.2	Diskussion um die Errichtung einer EU-Armee .....	109
5.3	Grenzen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ....	110

## **Herausforderungen für die nationale Politik in einer globalisierten Welt**

<b>1</b>	<b>Deutsche Außenpolitik .....</b>	<b>111</b>
1.1	Bedingungsfaktoren deutscher Außenpolitik .....	111
1.2	Ziele der deutschen Außenpolitik .....	112
1.3	Zielkonflikte der deutschen Außenpolitik .....	112
1.4	Akteure der deutschen Außenpolitik .....	113
1.5	Verfassungsrechtliche Grundlagen der Außenpolitik .....	115
<b>2</b>	<b>Globalisierung .....</b>	<b>117</b>
2.1	Merkmale und Ursachen .....	117
2.2	Eigenschaften .....	117
2.3	Dimensionen und Konsequenzen .....	118
<b>3</b>	<b>Herausforderungen der Globalisierung für die nationale Politik .....</b>	<b>120</b>
3.1	Terrorismus .....	120
3.2	Migration .....	121

**Autor:** Heinrich Müller

# Vorwort

Liebe Schülerinnen und Schüler,

das **kompakte und übersichtlich gestaltete** Skript leistet Ihnen in den beiden letzten Schuljahren im Fach **Sozialkunde** in verschiedener Hinsicht gute Dienste:

- beim Verstehen und bei der **Festigung des Stoffes**
- bei der Vorbereitung auf die **Schulaufgaben**
- bei der Vorbereitung auf das **mündliche oder schriftliche Abitur**


Die Gestaltung trägt zum leichten Erfassen der Inhalte bei:

- klar **strukturiertes Inhaltsverzeichnis** zur raschen Orientierung
- präzise und verständliche sprachliche **Ausdrucksweise**
- Hervorhebung zentraler Begriffe und Zusammenhänge durch **Fettdruck**
- Vermittlung wichtiger Gesichtspunkte in **griffigen tabellarischen Übersichten**
- anschauliche **Graphiken und Schaubilder**

Das Skript orientiert sich eng an den Vorgaben des Lehrplans, die für die Prüfungsanforderungen entscheidend sind. Es eignet sich sowohl für die Abiturvorbereitung im **einstündig** als auch im **zweistündig** unterrichteten Fach Sozialkunde, da die übergreifenden Themenbereiche bei den zwei Lehrplänen beinahe deckungsgleich sind. Unterschiede ergeben sich in erster Linie in der Intensität der Behandlung des Stoffes. Das Skript vermittelt Ihnen in beiden Fällen das erforderliche **grundlegende Wissen**. Inhalte, die nur im Lehrplan des zweistündig unterrichteten Faches Sozialkunde vorkommen, sind in der Überschrift mit **\*(zweistündiger Kurs)** ausgewiesen.

Durch das Skript eignen Sie sich nicht nur ein für die Prüfungen in der Schule relevantes Wissen an, sondern Sie bekommen auch ein vertieftes Verständnis für bedeutsame Entwicklungen im gesellschaftlichen und politischen Bereich.

Viel Erfolg bei der Nutzung des Skripts und Freude beim Erkenntnisgewinn wünscht Ihnen

  
Heinrich Müller



### 1.3 Wesentliche Ausprägungen von Demokratie

Grundsätzlich kann zwischen **repräsentativer** und **direkter** (plebiszitärer) **Demokratie** unterschieden werden. In der direkten Demokratie fassen die stimmberechtigten Bürger selbst die politischen Beschlüsse. Diese Form liegt in der Reinform in keinem Staat vor. Wenn man die politischen Systeme von Staaten mit einer **repräsentativen Demokratie** betrachtet, fällt auf, dass es ganz unterschiedliche Formen demokratischer Herrschaft gibt. In der Politikwissenschaft werden danach, wie das Verhältnis zwischen Exekutive und Legislative geregelt ist, zwei Grundformen unterschieden: das **parlamentarische** und das **präsidientielle Regierungssystem**.

#### Merkmale parlamentarisches vs. präsidientielles System

parlamentarisches Regierungssystem	präsidientielles Regierungssystem
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Legitimation:</b> Das Parlament wird direkt vom Volk gewählt; Regierungschef/-chefin wird durch Mehrheit des Parlaments gewählt</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Legitimation:</b> Direktwahl der Präsidentin/des Präsidenten und des Parlaments</li> </ul>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Gewaltenverschränkung:</b> zwar getrennte Organe der drei Gewalten, aber enge Verbindung zwischen Exekutive und Legislative</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>strikte Gewaltenteilung:</b> Kontrolle der Exekutive durch das Parlament</li> </ul>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>doppelte Exekutive:</b> Amt des Staatsoberhauptes und des Regierungschefs/-chefin getrennt</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Präsident:</b> Staatsoberhaupt und Regierungschef/-chefin in einer Person</li> </ul>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Abwahl</b> des Regierungschefs/der Regierungschefin durch Parlament <b>möglich</b></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Abwahl</b> des Präsidenten durch das Parlament <b>nicht möglich</b>, meist aber Möglichkeit der Amtsenthebung bei strafrechtlichen Vergehen</li> </ul>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Auflösung des Parlaments</b> unter bestimmten Bedingungen möglich</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>keine</b> Möglichkeit zur <b>Auflösung des Parlaments</b></li> </ul>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Vereinbarkeit</b> eines Regierungsamtes mit einem Sitz im Parlament</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Unvereinbarkeit</b> zwischen Regierungsamt und Sitz im Parlament</li> </ul>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>starke Fraktionsdisziplin</b> bei den im Parlament vertretenen Parteien; Kontrolle der Regierung in erster Linie durch die Oppositionsparteien</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>recht schwach ausgeprägte Fraktionsdisziplin</b> bei den im Parlament vertretenen Parteien</li> </ul>



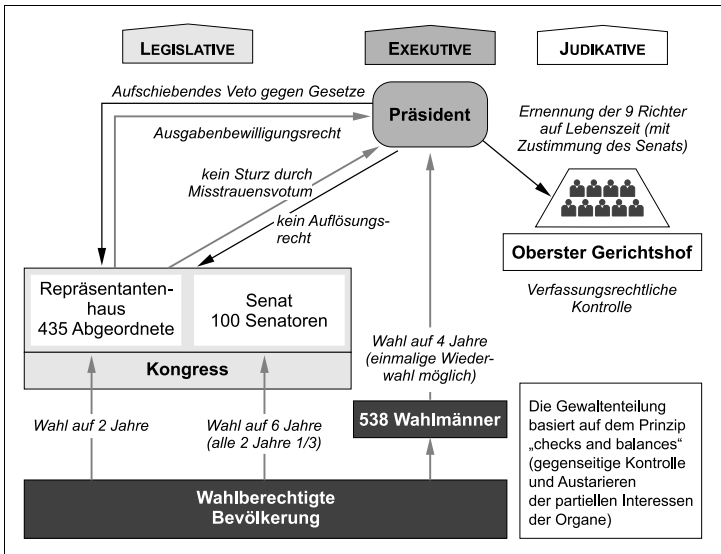
### Vor- und Nachteile parlamentarisches vs. präsidentielles System

parlamentarisches Regierungssystem	präsidentielles Regierungssystem
<p><b>Vorteile:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>keine Blockade zwischen Exekutive und Legislative</b>, da Regierung im Normalfall über Mehrheit im Parlament verfügt</li> <li>• klare <b>Unterscheidung zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien</b>; dadurch auch lebendige Debatten im Parlament</li> <li>• Möglichkeit der <b>Abwahl des Regierungschefs/der Regierungschefin</b> durch Mehrheit des Parlaments bei Unzufriedenheit mit seiner/ihrer Amtsführung oder mit der Regierungspolitik</li> <li>• <b>direkte Einflussmöglichkeiten</b> der von der Bevölkerung gewählten <b>Abgeordneten</b> auf die Regierungspolitik</li> <li>• aufgrund der doppelten Exekutive Repräsentation des Staates durch das Staatsoberhaupt und damit <b>wirksame Integrationsfunktion</b></li> </ul>	<p><b>Vorteile:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>klare Gewaltenteilung</b> aufgrund der eindeutigen Trennung von exekutiver und legislativer Gewalt</li> <li>• Wahl des Präsidenten durch das Volk und damit <b>verstärkte politische Mitwirkungsmöglichkeit des Volkes</b></li> <li>• Vorhandensein einer <b>stets handlungsfähigen Regierung</b></li> <li>• <b>Kontrolle der Regierung</b> durch das gesamte Parlament, Abgeordnete der Partei des Präsidenten nicht durch rigide Fraktionsdisziplin in Entscheidungsfreiheit eingeschränkt</li> </ul>
<p><b>Nachteile:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• manchmal <b>schwierige Regierungsbildung</b>, vor allem bei größerer Zahl von im Parlament vertretenen Parteien</li> <li>• <b>kein direkter Einfluss der Wähler</b> auf die Besetzung des Postens des <b>Regierungschefs</b></li> <li>• <b>Instabilität der politischen Verhältnisse</b> bei schwindender Unterstützung der Regierung im Parlament</li> <li>• <b>keine klare Gewaltenteilung</b>, Funktion der Kontrolle der Regierung in vollem Umfang nur von Oppositionsparteien im Parlament erfüllt</li> </ul>	<p><b>Nachteile:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Gefahr einer politischen Blockadesituation</b>, wenn Partei des Präsidenten/der Präsidentin nicht über Mehrheit im Parlament verfügt</li> <li>• recht <b>große Machtkonzentration</b> bei einer Person</li> <li>• bei Unzufriedenheit mit der Amtsführung des Präsidenten/der Präsidentin <b>keine Möglichkeit für vorzeitige Abwahl</b></li> <li>• <b>Spannungsverhältnis</b> zwischen den Funktionen eines Staatsoberhauptes (Repräsentation aller Bürger) und eines Regierungschefs (Vertretung der Interessen einer politischen Richtung)</li> </ul>



- **keine Direktwahl des Staatsoberhauptes:** Wahl des Bundespräsidenten/der Bundespräsidentin durch die Bundesversammlung (Abgeordnete des Bundestags und gleiche Anzahl von Vertretern der Länderparlamente)
- **Position des Kanzlers/der Kanzlerin:** starke Stellung des Regierungschefs/der Regierungschefin durch **Richtlinienkompetenz**; Abwahl des Bundeskanzlers bzw. der Bundeskanzlerin nur möglich, wenn gleichzeitig ein neuer Bundeskanzler bzw. eine neue Bundeskanzlerin gewählt wird (**konstruktives Misstrauensvotum**)
- **Neuwahlen:** Auflösung des Bundestags nur nach einer vorher erfolgten negativ verlaufenen **Vertrauensfrage** des Bundeskanzlers/der Bundeskanzlerin – wenn Mehrheit des Bundestags kein Vertrauen mehr in den Bundeskanzler/die Bundeskanzlerin hat, kann dieser/diese den Bundespräsidenten/die Bundespräsidentin bitten, den **Bundestag aufzulösen** und Neuwahlen anzusetzen; Entscheidung über Auflösung in Kompetenz des Bundespräsidenten

**Die USA als Beispiel für ein präsidentielles Regierungssystem**



Schemas der Verfassung der USA

Die USA sind das klassische Beispiel für ein präsidentielles Regierungssystem, auch wenn die Organisation der **Wahl des Präsidenten** dem äußeren Rahmen nach noch den Gepflogenheiten aus der Zeit der Staatsgründung entspricht: In den Vereinigten Staaten wählt die Bevölkerung in den einzelnen Bundesstaaten **Wahlmänner** (männlich und weiblich), die dann in einer eigenen Abstimmung den **Präsidenten bestimmen**. Die Wahlmänner sind aber gemäß der Tradition bei ihrer Entscheidung daran gebunden, für welchen Präsidentschaftskandidaten der Bundesstaat, den sie vertreten, mehrheitlich gestimmt hat. Hat ein Präsidentschaftskandidat bei der Wahl einen Bundesstaat gewonnen, kann er die Stimmen der diesen Bundesstaat vertretenden Wahlmänner beanspruchen. Deren Zahl richtet sich nach der Bevölkerungsgröße des jeweiligen Staates.

Weitere charakteristische **Merkmale** des Regierungssystems der USA:

- **große Machtfülle** des für vier Jahre gewählten **Präsidenten**: zugleich Staatsoberhaupt, Regierungschef und Oberbefehlshaber der Streitkräfte

**Kompetenzen** u. a.:

- Ernennung der Minister („Staatssekretäre“ genannt)
- Ernennung der Bundesrichter
- Vertretung der USA nach außen
- suspensives (aufschiebendes) Veto gegenüber den Beschlüssen des Kongresses (Zweidrittelmehrheit im Kongress für Überstimmung des Vetos nötig)
- **Amtsenthungsverfahren**: Ablösung des Präsidenten nur durch *impeachment* bei „hohen Verbrechen und Vergehen“ (*high crimes and misdemeanors*);  
Ablauf: Mehrheit im Repräsentantenhaus für Eröffnung eines Verfahrens notwendig → Bei Entscheidung für Eröffnung: Anhörungen im Senat und unter Umständen Erhebung der Anklage bei Vorsitz eines Bundesrichters → Amtsenthebung des Präsidenten nur mit **Zweidrittelmehrheit des Senats** möglich

- zwei „**Häuser**“ im Parlament („**Kongress**“): **Repräsentantenhaus** (Zahl der die einzelnen Bundesstaaten repräsentierenden Abgeordneten nach deren Bevölkerungsgröße) und **Senat** (je zwei Senatoren pro Bundesstaat); keine Auflösungsmöglichkeit durch den Präsidenten

**Kompetenzen des Kongresses**, u. a.:

- Beschließen der Gesetze und des Staatshaushaltes
- Kriegserklärungen
- Bestätigung völkerrechtlicher Verträge durch den Senat
- **zwei große Parteien** im Kongress: **republikanische Partei** und **demokratische Partei**; kein Gegenüber „Regierungspartei“ – „Oppositionspartei“, da Präsident nicht auf Zustimmung der Mehrheit des Kongresses angewiesen ist; Kontrolle der Exekutive durch den gesamten Kongress
- **Supreme Court**: oberster Gerichtshof der USA, bestehend aus neun vom Präsidenten auf Lebenszeit ernannten Bundesrichtern (Bestätigung durch den Senat mit Zweidrittelmehrheit)

**Kompetenzen**, u. a.:

- Überwachung der verfassungsmäßigen Rechte der Bürger sowie der Handlungen des Präsidenten und der Entscheidungen des Kongresses
- Möglichkeit der Zurückweisung von Gesetzesvorschlägen des Kongresses

Das politische System der USA wird durch das für die angelsächsische Tradition charakteristische System der *checks and balances* geprägt, d. h., **jeder Bereich** der staatlichen Gewalt (Exekutive, Legislative, Judikative) **kontrolliert** die anderen beiden **und wird** wiederum von diesen **kontrolliert**.

<b>System der Checks (Kontrolle) und Balances (Gleichgewicht)</b>		
<p><b>Exekutive</b> (Präsident führt die Gesetze aus)</p>	<p><b>Kontrolle gegenüber der Legislative:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Anregung von Gesetzen</li> <li>• Einlegen von suspensivem Veto</li> <li>• Einberufung von besonderen Sitzungen des Kongresses</li> <li>• Aushandeln von Verträgen mit ausländischen Staaten</li> </ul>	<p><b>Kontrolle gegenüber der Judikative:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Ernennung der Bundesrichter</li> <li>• Recht auf Begnadigungen</li> </ul>
<p><b>Legislative</b> (Kongress macht Gesetze)</p>	<p><b>Kontrolle gegenüber der Exekutive:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Möglichkeit zum Überstimmen des suspensiven Vetos des Präsidenten</li> <li>• Bestätigung von Ernennungen des Präsidenten</li> <li>• Recht auf Kriegserklärung</li> <li>• Entscheidung über Haushaltsmittel</li> <li>• Möglichkeit, Impeachment-Verfahren einzuleiten und Präsidenten des Amtes zu entheben</li> </ul>	<p><b>Kontrolle gegenüber der Judikative:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Möglichkeit zur Anklage und zur Amtsenthebung von Bundesrichtern</li> <li>• Bestätigung der Berufung von Bundesrichtern</li> <li>• Vorschlag von Gesetzesänderungen (um richterliche Entscheidungen zu umgehen)</li> <li>• Einrichtung von niedrigeren Bundesgerichten</li> </ul>
<p><b>Judikative</b> (Supreme Court legt die Gesetze aus)</p>	<p><b>Kontrolle gegenüber der Exekutive:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Einstufung von Handlungen der Exekutive als nicht verfassungsgemäß</li> </ul>	<p><b>Kontrolle gegenüber der Legislative:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Einstufung von Handlungen der Legislative als nicht verfassungsgemäß</li> </ul>

Checks und Balances

## 2 Diktatorische Systeme

### 2.1 Merkmale diktatorischer Systeme

Auch offenkundige Diktaturen beanspruchen in der Regel für sich, dass sie dem Willen des Volkes entsprächen und in diesem Sinn „demokratisch“ seien. Allerdings lassen sich bei der Analyse von politischen Systemen allgemeine **Merkmale** feststellen, welche **diktatorische Systeme** klar von demokratischen unterscheiden:

- **keine freien Wahlen**, staatliche Beeinflussung der Wahlentscheidung der Bürger
- Missachtung von Grundrechten
- Bestätigung der Regierenden als Zweck der Wahl, **Abwahl** der Regierenden **nicht vorgesehen**
- **kein freier Wettbewerb** politischer Parteien, sondern Akzeptanz der Führungsrolle einer Person oder Partei; Unterordnung von kleineren Parteien unter den Führungsanspruch der herrschenden Partei
- **Konzentration der Macht** bei Regierenden, faktisches **Fehlen einer Gewaltenteilung**; Justiz im Dienste der Regierung
- **Vereinheitlichung** des gesellschaftlichen und sozialen Lebens
- Kontrolle der Medien und Vorhandensein von **Zensur**
- Gemeinwohl von Regierenden definiert



© **STARK Verlag**

[www.stark-verlag.de](http://www.stark-verlag.de)

[info@stark-verlag.de](mailto:info@stark-verlag.de)

Der Datenbestand der STARK Verlag GmbH ist urheberrechtlich international geschützt. Kein Teil dieser Daten darf ohne Zustimmung des Rechteinhabers in irgendeiner Form verwertet werden.

**STARK**





© **STARK Verlag**

[www.stark-verlag.de](http://www.stark-verlag.de)

[info@stark-verlag.de](mailto:info@stark-verlag.de)

Der Datenbestand der STARK Verlag GmbH ist urheberrechtlich international geschützt. Kein Teil dieser Daten darf ohne Zustimmung des Rechteinhabers in irgendeiner Form verwertet werden.

**STARK**